



Datum: 08.11.2024

Vorlage der Verwaltung für:	Abstimmergebnis		
	Ja	Nein	Enth.
Technischer Ausschuss			
Stadtvertretung			

☒ öffentliche Sitzung ☐ nichtöffentliche Sitzung

Dezernat: III	Amt: Amt für Stadtentwicklung/Bauleitplanung	Sachbearb.: Frau Weidenfeld
------------------	---	--------------------------------

Beteiligte Ämter:	Sichtvermerk:	gesehen:	I	II	III
Finanzabteilung					
Amt für Stadtentwicklung					
Amt für Stadtentwicklung/Bauleitplanung					

TOP: 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schmallenberg
Änderung von "Fläche für die Landwirtschaft" in "(Sonstiges) Sondergebiet -
Besondere Zweckbestimmung: Rettungswache", Ortsteil Gleidorf
(im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Aufstellung des Vorhabenbe-
zogenen Bebauungsplanes Nr. 181 "Rettungswache Gleidorf")
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Produktgruppe: 51.01 Räumliche Planung und Entwicklung

1. Beschlussvorschlag:

Der Technische Ausschuss schlägt der Stadtvertretung Schmallenberg folgende Beschlussfassung vor:

Für den im Übersichtsplan Anlage 2 zur Verwaltungsvorlage X/1101 abgegrenzten Bereich am nördlichen Ortsrand von Gleidorf wird der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) zur 48. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) gefasst.

Ziel der Änderung ist die planungsrechtliche Vorbereitung der Errichtung einer neuen Rettungswache.

Konkreter Inhalt der Planungsmaßnahme ist die Neudarstellung eines „(Sonstigen) Sondergebietes - Besondere Zweckbestimmung: Rettungswache“ anstelle der im Änderungsbereich bislang vorliegenden FNP-Darstellung „Fläche für die Landwirtschaft“.

Die 48. Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 181 „Rettungswache Gleidorf“ durchgeführt.

2. Sachverhalt und Begründung:

Mit Datum vom 10.10.2024 liegt der Stadtverwaltung ein Antrag auf Einleitung der erforderlichen Bauleitplanverfahren zur Errichtung einer neuen Rettungswache in Gleidorf vor. Antragsteller ist der Hochsauerlandkreis und mit den Planungsarbeiten ist das Ing.-Büro Markus Schulte, Bad Fredeburg, beauftragt.

Unter anderem aufgrund der bisherigen Außenbereichszugehörigkeit des Vorhabenbereiches gem. § 35 Baugesetzbuch (BauGB) wird konkret die Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VBB) nebst Einleitung der sonstigen erforderlichen bauleitplanerischen Verfahren beantragt. Der infrage stehende Bereich ist im Flächennutzungsplan (FNP) als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt (vgl. Anlage 1) und muss dementsprechend parallel zur Aufstellung des VBB nutzungsspezifisch geändert werden. Erforderlich ist die Darstellung eines „(Sonstigen) Sondergebietes“ mit der „Besonderen Zweckbestimmung: Rettungswache“.

Wie bei einem VBB-Verfahren üblich, übernimmt der Vorhabenträger die Beauftragung der notwendigen Planungsleistungen zu eigenen Lasten. Die Verfahrensdurchführung verbleibt bei der Stadt. Auf Grundlage eines abgestimmten Vorhaben- und Erschließungsplanes nach den Vorschriften des § 12 BauGB wird das Verfahren durchgeführt. Der Vorhabenträger (HSK) wird in einem Durchführungsvertrag verpflichtet, das Projekt innerhalb einer bestimmten Frist umzusetzen und die Planungs- sowie Erschließungskosten zu übernehmen.

Zweck der Planung ist der Neubau einer Rettungswache. Im Rahmen der Aufstellung des Rettungsdienstbedarfsplanes wurde durch den HSK untersucht, ob an den Orten des Hochsauerlandkreises die gesetzlich vorgegebenen Hilfsfristen eingehalten werden. Dies war an vielen Stellen nicht der Fall, deswegen hat ein Gutachter optimale Standorte im HSK zur Erreichung der Hilfsfristen für die Rettungswachen festgelegt. Insgesamt werden sieben Rettungswachen und ein Notarztstandort neu gebaut. Für den Bereich Schmallenberg wurde der Ortsteil Gleidorf favorisiert. Nach Prüfung mehrerer möglicher Standorte wurde der jetzige Standort (Gemarkung Grafschaft, Flur 17, Flurstück 683 und teilweise 649) vom HSK ausgewählt (vgl. Anlage 2) und mit der Stadt abgestimmt. Das Flurstück 683 wurde auch bereits durch den HSK erworben.

Auf Grundlage des dargelegten Planungszieles ist das Planungsvorhaben von Seiten der Stadt zu unterstützen und die entsprechenden Aufstellungsbeschlüsse für die Bauleitplanverfahren einzuleiten.